Die Berufe im neuen Nationalrat – Viele Selbständige und Vollzeitpolitiker

Sarah Bütikofer
23rd October 2015

Die Studierenden drängten in den Nationalrat: Jeder zehnte der Kandidierenden war noch am Studieren – gewählt wurde trotzdem keiner. Das neue Parlament ist wie das alte: Unternehmer und Selbständige sind übervertreten, Angestellte können kaum noch Politik auf nationaler Ebene machen.

Über 3800 Kandidierende wollten in den Nationalrat gewählt werden. Die meisten gehen einem Beruf nach und stehen in einem Angestelltenverhältnis. Einige sind selbständig Erwerbende oder Unternehmer. Und gut jede zehnte Kandidatin oder Kandidat befindet sich noch im Studium, wie Abbildung 1 illustriert.

Abbildung 1: Berufsbezeichnung der Kandidierenden, NR-Wahlen 2015

Quelle: Bundesamt für Statistik, eigene Codierungen

Die vermeintliche Übervertretung der Studierenden unter den Kandidierenden lässt sich relativ einfach erklären:

- Ein Drittel der eingereichten Listen stammte von Jungparteien, auf denen die Studierenden die Mehrheit ausmachten.

- In den grossen Kantonen traten überproportional viele Parteien und Jungparteien zur Wahl an, was die Anzahl der Studierenden unter den Kandidierenden zusätzlich erhöhte, weil viele Listenplätze zur Verfügung standen.

- Die politische Karriere beginnt früh. Parteien setzen gerne auf ambitionierte, junge Mitglieder und fördern diese nach Möglichkeit. Darüber hinaus führt der Weg der meisten Parlamentarierinnen und Parlamentier über ein Studium. Dies zeigt sich auch, wenn man die Berufe der gewählten Nationalrätinnen und -räte betrachtet.

- Das Parlament der Schweiz ist ein Arbeitsparlament. Die öffentlichen Debatten im Ratssaal machen nicht die Hauptarbeit eines Parlamentariers aus. Die Knochenarbeit wird in den Kommissionen und Fraktionen gemacht. Politisieren auf nationaler Ebene heisst darum vor allem, grosse Mengen an Informationen sitzend und lesend zu verarbeiten,

analytisch vorgehen zu können und unzählige Kontakte zu verschiedensten Stellen und Personen zu pflegen. Einige dieser Fähigkeiten werden schon während des Studiums trainiert.

Berufsbezeichnung entscheidet nicht über erfolgreiche Wahl

Die Berufsbezeichnung auf dem Wahlzettel hat wenig Einfluss auf die Wahlchancen der einzelnen Kandidierenden. Die Mehrheit der Wählerinnern und Wähler entscheidet sich für eine Partei und wirft deren Liste unverändert in die Urne. Um kumuliert und panaschiert zu werden, ist der Bekanntheitsgrad sowie die bisherige politische Arbeit einer Kandidatin oder eines Kandidaten wesentlich wichtiger als die Angabe über den Beruf auf dem Wahlzettel.

Studierende wurden übrigens in der Vergangenheit schon mehrere ins Parlament gewählt – allerdings kandidierten sie alle auf der Hauptliste ihrer Partei, wie z.B. Pascale Bruderer, Lukas Reimann oder Cédric Wermuth.

Die Berufe der Gewählten sind kein Spiegelbild der Bevölkerung

Die berufliche Zusammensetzung des Nationalrats ist alles andere als repräsentativ, weder für die Kandidierenden noch für die Gesamtbevölkerung. In der Bevölkerung gibt es anteilsmässig viel weniger Akademiker, Unternehmer oder Landwirte als in der grossen Kammer.

Abbildung 2: Berufsbezeichnung der Gewählten, NR-Wahlen 2015

Quelle: Bundesamt für Statistik, eigene Codierungen

Die häufigsten Berufe der Nationalrätinnen und Nationalräte der neuen Legislatur sind die gleichen wie in der letzten Legislatur. Unternehmer und Rechtsanwälte oder Juristen, die häufig als selbständig Erwerbende tätig sind, dominieren bei den Berufen.

Vollzeitpolitikerinnen und -politiker, sei es im Nationalrat oder einer Exekutive, machen bereits zu Beginn der Legislatur rund einen Viertel der Nationalrätinnen und Nationalräte aus. Landwirte und Personen aus Gewerkschaften oder Verbänden sind ebenfalls zahlreich im Parlament anzutreffen.

Die berufliche Vielfalt, welche die Kandidierenden aufwiesen, wird von den ins Parlament gewählten Personen also nicht widerspiegelt. Im Laufe der Legislatur wird sich dies noch akzentuieren. Dies hat seine Gründe. So wie der Parlamentsbetrieb in der Schweiz organisiert ist, muss man zeitlich und örtlich möglichst ungebunden sein, um ein Amt ausüben zu können. Optimalerweise hat man weder einen Chef noch einen extern vorgegebenen Arbeitsplan. Das Amt auf nationaler Ebene ist mit einem normalen Angestelltenverhältnis kaum mehr zu vereinbaren. Unternehmer und selbständig Erwerbende wie Rechtsanwälte, Landwirte, Juristen und Berater, die auf Mandatsbasis arbeiten sowie Berufspolitiker sind darum klar im Vorteil.

Schweizer Parlament = schlechte Repräsentation?

Ist dies ein Problem? Formal ist daran wenig auszusetzen. Im Schweizer System mit offenen Listen und der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens haben es die Wählerinnen und Wähler in der Hand, wer ins Parlament gewählt wird. Den Wählerinnen und Wählern ist darum offenbar eine möglichst repräsentative Zusammensetzung der Berufsbilder nicht besonders wichtig. Das gilt übrigens nicht nur für die Berufe, sondern auch für das Geschlecht oder Alter. Unter 35-jährige und über 65-jährige sind im Parlament untervertreten, die Frauen machen nur knapp einen Drittel aus.

Die politische Ausrichtung einer Kandidatin oder eines Kandidaten ist für die Wählerschaft entscheidender als Beruf, Alter oder Geschlecht. Ob es durch die einseitige Zusammensetzung des Parlaments zu Verzerrungen kommt, was die Abbildung von politischen Präferenzen der Bevölkerung im Parlament angeht, ist eine auch in der Schweiz diskutierte Frage (vgl. Portmann et al). Die Interessen der Landwirte oder gewisser anderer Branchen mit einer starken Lobby sind auf alle Fälle nicht immer deckungsgleich mit den Interessen der Gesamtbevölkerung.

Referenzen:

- Bundesamt für Statistik (2015). Nationalratswahlen 2015: Listen, Kandidaturen und Listenverbindungen. Datensatz. Neuchâtel: BFS, Abteilung Politik.

- Portmann, Marco, David Stadelmann und Reiner Eichenberger (2015). Income

and Policy Choices. Evidence from parliamentary decisions and referenda. (Working Paper). The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics.

Foto: DeFacto